

Arbeitsplatzsicherheit statt Profitmaximierung

Die Region Stuttgart ist stark von Arbeitsplatzvernichtung betroffen, sei es bei Bosch, Porsche, Mercedes, Daimler Truck, Mahle. Von den rund 240.000 Arbeitsplätzen in der Auto- und Zuliefererindustrie sollen bis 2040 rund 83.000 Arbeitsplätze abgebaut werden, so eine Studie des IMU-Institutes. Das wäre mehr als jeder 3. Arbeitsplatz. Das würde die Region verändern und hat Auswirkungen auf alle Bereiche.

Bundesweit wurden in den zurückliegenden Jahren bereits 75.000 Arbeitsplätze vorwiegend in den großen und kleineren Betrieben der Zulieferindustrie gestrichen oder verlagert. Weitere Zehntausende sind bereits angekündigt, nicht nur bei den Zulieferern, auch direkt in der Autoindustrie. Der Verband der Automobilindustrie prognostiziert ein Minus von 190.000 Arbeitsplätzen.

Sind die Betriebe, die entlassen, alles Sanierungsfälle? Nein, natürlich nicht. Der VW-Vorstandschef Blume meint im Gespräch mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung: „Die Rendite der Marke VW ist aktuell nicht besser und nicht schlechter als im Schnitt der vergangenen Jahrzehnte“. Oder Porsche: Dort wurde eine Umsatzrendite von 20 % als Ziel gesetzt. 2023 wurden noch 18 % erzielt. Vorläufigen Zahlen zufolge soll sie für 2024 „am unteren Ende der prognostizierten Bandbreite“ von 14 bis 15 % liegen, 2025 nur noch bei 10 bis 12 %. Das Gejammere ist groß, das vorgegebene Ziel wird zwar nicht erreicht, aber die Profite sind nach wie vor im zweistelligen Bereich. Warum also das Gejammere der Autobosse? Sie wollen immer noch mehr Profite, noch mehr aus den Belegschaften pressen als in den vergangenen Jahren – dafür sollen die Kolleginnen und Kollegen bluten, ihren Arbeitsplatz und damit die finanzielle Grundlage ihrer Existenz verlieren.

Wir dürfen uns nicht auf die Logik des Kapitals einlassen, dass Wachstum und maximale Profite Voraussetzung für alles andere sind. Denn dann hat man sich schon dem Diktat des Kapitals unterworfen und begleitet deren Logik nur noch mit dem Aushandeln von Verzichtvereinbarungen und mit Begleitung von „sozialverträglichem“ Arbeitsplatzabbau. Gegen die Angriffe des Kapitals hilft nur der gemeinsame Widerstand, der Zusammenschluss aller betroffenen Belegschaften, gemeinsame kraftvolle Streiks. Zeigen wir keine Stärke, macht die Kapitalseite uns einzeln nieder, Belegschaft für Belegschaft.

Unsere Ziele sind Konversion und Arbeitszeitverkürzungen

Aber es braucht natürlich auch gemeinsame Ziele. Immer mehr Autos bauen, ist angesichts der Klimakatastrophe, der Verstopfung der Städte und der begrenzten Ressourcen auch keine Lösung. Die Kolleginnen und Kollegen in die boomende Rüstungsindustrie verschieben, ist ebenso keine Lösung. Wir verurteilen auch den Rüstungspakt, den der IGM-Vorstand zusammen mit den Lobbyisten (BDVS) von der Rüstungsindustrie und dem SPD Wirtschaftsforum unter Mitwirkung des 2. Vorsitzenden der IGM Jürgen Kerner geschlossen hat. Das Papier wirbt für noch mehr Aufrüstung und Rüstungsaufträge unter dem Deckmantel von Arbeitsplatzsicherung. Als GewerkschafterInnen sind wir dem Frieden verpflichtet, nicht der Hochrüstung und dem Kriegskurs der Regierenden. Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter – das war immer Konsens in der Arbeiterbewegung.

Wir nehmen die Sorge der Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze sehr ernst. Deshalb braucht es Alternativen zur Rüstungsproduktion. Wärmepumpen statt Autoteile, Solarkollektoren statt Reifen, smarte Busse statt Panzer, Straßenbahnzüge statt SUV – das ist doch mindestens so schnell machbar wie die Umstellung der Produktion auf immer mehr Kriegsgerät. Diese Konversion braucht einen gesellschaftlichen Konsens, politischen Willen und viel Geld für den Umbau. Unter dem Diktat des Kapitals funktioniert es jedenfalls nicht. Hier sei an § 2 in der Satzung der IG Metall, gestützt auf die Artikel 14 und 15 unseres Grundgesetzes erinnert: „Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.“ Dies wäre eine Voraussetzung, um sinnvolle notwendige Produkte für die Gesellschaft zu bauen. Da können genügend Arbeitsplätze für alle entstehen.



Sinnvoll sind auch Arbeitszeitverkürzungen – so wie 1984, als der Kampf für die 35-Stundenwoche und die nachfolgenden Arbeitszeitreduzierungen Hunderttausende Arbeitsplätze retten konnte. „Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen“, so lautete damals der Slogan der IG Metall. Und die lachende aufgehende Sonne mit der 35 strahlte über diesem Kampf. Sie ist bis heute das Symbol, mit dem der Streik für die 35-Stundenwoche verbunden wird. Fast 7 Wochen lang streikten ab Mitte Mai 1984 die Beschäftigten in der westdeutschen Metallindustrie für die Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Arbeit sollte menschlicher, die Arbeitslosigkeit



damit gesenkt werden. Auch heute brauchen wir weitere Reduzierungen – hin zur 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. Angesichts der Milliarden Profite der Konzerne ist dies auch locker finanzierbar. An diesem Kampf von damals müssen wir ansetzen. Es wird nichts nützen, wenn wir zu kleine Schritte von kürzeren Arbeitszeiten vereinbaren und auch nicht, wenn wir Wahlmöglichkeiten zwischen Zeit und Geld fordern oder mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit. Es braucht kürzere Arbeitszeiten für alle gleich bei **vollem Lohnausgleich**. Es braucht einen gesamtgesellschaftlichen Kampf in einem breiten Bündnis.

Veranstaltung über den Kampf der Audi-Belegschaft Neckarsulm gegen die Schließung des Werkes 1975 Zeitzeugen berichten über ihre Erfahrungen

Dienstag, 25. März um 18 Uhr im DGB-Haus Stuttgart im Bambussaal

Im Herbst 1974 – vor 50 Jahren - wurde bekannt, dass das Werk von Audi in Neckarsulm geschlossen werden soll – eine Fabrik mit rund 10.000 Beschäftigten. Der VW-Vorstand wollte damals in allen Werken insgesamt 30.000 Arbeitsplätze vernichten – eine ähnliche Situation wie heute. Wir wollen die Geschichte dieser langen gewerkschaftlichen Auseinandersetzung um den Erhalt des Werkes, der Arbeitsplätze sowie die Lebensfähigkeit einer ganzen Region darstellen. Die Stilllegung des Werkes konnte verhindert werden – das Werk gibt es bis heute.

Der Marsch auf Heilbronn vom 18. April 1975, eine halb-spontane Aktion, gehört zu den Höhepunkten, die sich tief ins kollektive Gedächtnis der Region eingebrannt haben. Insgesamt gab es eine sehr breite Unterstützung durch die Bevölkerung und die gesamte Öffentlichkeit.

Dass in Neckarsulm das Werk immer noch steht, ist dem Widerstand der Belegschaft und der ganzen Region zu verdanken.

- Was können wir aus den Kämpfen damals für die Kämpfe von heute lernen?
- Wie wurde die breite Unterstützung der Bevölkerung erreicht?
- Was waren die Erfolgsfaktoren und die langfristigen Auswirkungen auf die Belegschaft?



Unsere Zeitzeugen:

Klaus Zwickel:

1975: Vorsitzender der IG Metall Verwaltungsstelle Heilbronn/Neckarsulm und Streikführer, seit 1986 im Vorstand der IG Metall, 1989 bis 1993: Zweiter Vorsitzender der IG Metall, 1993 bis 2003: Erster Vorsitzender der IG Metall

Rolf Klotz:

Ab 1975 Berufsausbildung bei Audi NSU, ab 1993 Mitglied des Betriebsrats, ab 2007 stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, von 2016 bis 2024 Betriebsratsvorsitzender und stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Audi AG

Veranstalter: Zukunftsforum, Metallertreff, DidF

Nächster Metallertreff:

Montag, 7. April 2025 um 18.30 Uhr in den Räumen von DidF, Bad Cannstatt, Marktstraße 61 A